

26./4. 1918.

26  
185**Neuköllner Lebensmittelnot.**

In der gestrigen Neuköllner Stadtverordnetenversammlung verlas Justizrat Abraham im Auftrage des Ältestenausschusses aller Fraktionen folgende Erklärung: „Die Versorgung der Neuköllner Bevölkerung war 1917 so mangelhaft, daß Missethaten unter der Bevölkerung entstanden. Es kam eine sich ständig mehrende Unruhe in die Kreise der Minderbemittelten. Es fanden unter fortgesetzten Hunger „Wir haben Hunger“ Umzüge von Frauen und Kindern statt, es entstanden Aufläufe vor und im Rathause, Man schreit sogar nicht davor zurück, in die Amtsräume von Magistratsmitgliedern einzudringen und zu Tätlichkeiten überzugehen. Es tauchte die Gefahr auf, die Volkstüchen schließen zu müssen. In diesen Augenblicken höchster Not, in denen das Leben und die Gesundheit zahlreicher Angehöriger der Gemeinde gefährdet erschien, hat der Lebensmittel-ausschuß der Kriegsnotstandskommission, insbesondere auch, weil wiederholte Vorstellungen um bessere Verlieferung bei den Reichsbehörden vergeblich waren, den Beschluß gefaßt, unter solchen Umständen für sich Lebensmittel zur Vinderung der Not zu beschaffen. Das war aber bei dem Wettbewerb aller gegen alle nur angänglich, wenn auch wir Einkäufe über den Höchstpreis tätigten. Die Waren sind bis auf den an die Rüstungsindustrie gelangten Teil an die Verbraucher nur zum Höchstpreise abgegeben worden. Es sind dadurch sehr erhebliche Zuschüsse der Gemeinde erforderlich gewesen. Wir erwählten Vertreter der Bürgerschaft erklären uns einmütig mit dem Vorgehen der Kriegsnotstandskommission einverstanden und ersuchen den Magistrat, insbesondere dessen Leiter, im Kampfe um das Wohl der Gemeinde nicht zu verzagen, und nach wie vor bemüht zu bleiben, bei den maßgebenden Behörden dahin vorstellig zu werden, Mittel und Wege zu suchen und zu finden, um den Vertretern der Gemeinde die Ruhe zur Arbeit wiederzugeben, die für eine gedeihliche Fortentwicklung unseres Gemeinwesens notwendig ist.“

Die Verlesung der Erklärung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Justizrat Abraham wies dann noch darauf hin, daß schon jetzt die ehrenamtlich tätigen Gemeindeglieder Bedenken tragen, ihre Ämter zu behalten. Es ist angebracht, mit dem Magistrat darüber zu verhandeln, welche Stellung er bei der eventuellen Fortsetzung des Verfahrens gegen Magistratsmitglieder und städtische Beamte einnehmen will. Ohne jede weitere Erörterung wurde der Erklärung einstimmig zugestimmt.